



MEINUNG

Richtiges Signal

VON MICHAEL ENDE

Manchmal kann der Schienenverkehr den auf der Straße nicht nur entlasten, sondern sogar in Schwung bringen. Gemeint ist hier die CDU-Parteischiene, auf der jetzt auch jene mit Elan und Verve unterwegs zu sein scheinen, die in der Vergangenheit einen eher weniger enthusiastischen Eindruck gemacht hatten, wenn es darum ging, den Bau der Ostumgehung voranzutreiben. Das hat sich nun geändert. Man rührt sich.

Die CDU verfügt in Celle über ein besonders gut ausgebautes Schienennetz. Wichtigstes Ziel im Fahrplan: die Ostumgehung. Die Parteischiene: beeindruckend. Ortsbürgermeister: CDU. Oberbürgermeister: CDU. Landrat: CDU. Landtagsabgeordnete: CDU. Landesverkehrsminister: CDU. Bundestagsabgeordneter: CDU. Parlamentarischer Staatssekretär: CDU. Bundesverkehrsminister: CSU (wie CDU, nur bayerischer). Bundeskanzlerin: CDU. Mehr Parteischiene geht nicht.

Der Zug scheint jetzt in Gang zu kommen, und wichtige Signale wurden gegeben. Die Bevölkerung geht auf die Straße, um Politiker zum Handeln zu drängen, und die Politiker demonstrieren, dass sie das nicht nur wollen und können, sondern auch tatsächlich tun. Die Lok ist losgefahren. So könnte es weitergehen – am besten mit Volldampf. Wenn so viele Menschen gemeinsam dasselbe Ziel erreichen wollen und die richtigen Weichen stellen, werden Verhinderer über kurz oder lang abgehängt. Irgendwann ist für sie der Zug abgefahren.



Als bekannt gegeben wurde, dass die Finanzierung jetzt geklärt und der Sofortvollzug angeordnet wird, kam unter den Demonstranten Jubel auf.

92 Millionen für Ostumgehung

Mittelteil soll 2026 fertig sein / Otte: „Jetzt in einem Rutsch alles bauen“

VON MICHAEL ENDE

CELLE. Noch vor wenigen Wochen hatten sowohl Verkehrspolitikern des Landes als auch des Bundes beteuert, dass es bedauerlicherweise schlichtweg unmöglich sei, den Sofortvollzug und die Sofortfinanzierung des Baus des Mittelteils der Celler Ostumgehung anzuhängen – unter anderem, weil noch eine Klage des BUND gegen das Projekt anhängig sei. Jetzt hat man sich eines Besseren besonnen: 92 Millionen Euro aus Berlin werden zur Verfügung gestellt, der Sofortvollzug angeordnet. Im CZ-Redaktionsgespräch erläutern Niedersachsens Verkehrsminister Bernd Althusmann (CDU) und der dem Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann (CDU), warum jetzt das durchgezogene werden soll, wovon man bisher zurückschreckte.

Ohne Geld vom Bund keine Sofortvollzugs-Anordnung durch das Land, und ohne Sofortvollzugs-Anordnung durch das Land kein Geld vom Bund. Diese Zwickmühle hatte die Verantwortlichen in Hannover und Berlin zwischenzeitlich in einen „Geht-Nicht-Modus“ versetzt. Bis sie sich entschlossen haben, trotz aller sich abzeichnenden Schwierigkeiten etwas zu unternehmen. „Dadurch, dass uns der Bund jetzt sofort fünf



Historischer Moment in der Räumlichkeiten der CZ: Enak Ferlemann (vorne rechts) übergibt im Beisein von Henning Otte (oben rechts) und Celles OB Jörg Nigge die Finanzierungsbewilligung über 5 Millionen Euro, die den sofortigen Bau der Brücke ermöglicht, an Bernd Althusmann.

Millionen Euro für den Bau der Brücke zuweist, können wir auch sofort loslegen. Jetzt ist Land in Sicht“, sagt Althusmann. Anfang 2020 könne man die restlichen Arbeiten ausschreiben.

Dadurch, dass der Bund im nächsten Jahr die gesamten Gelder für den Bau des Mittelteils bereitstellt, sei eine wichtige Richtungsentscheidung getroffen, so der Celler CDU-Bundestagsabgeordnete Henning Otte: „Damit ist die von manchen

Ostumgehungs-Gegnern immer noch herbeigewünschte Westumgehung endgültig vom Tisch: Im Osten geht es weiter, und jetzt werden wir die Straße auch in einem Rutsch zu Ende bauen.“

Während Althusmann sich auf den Spatenstich noch in diesem Jahr freut, geht Ferlemann davon aus, dass die Verkehrsfreigabe für den Umgehungs-Mittelteil im Jahr 2026 erfolgen wird. Sollte der BUND immer noch

weiter klagen wollen, könnte er jetzt einstweiligen Rechtsschutz beantragen, so Ferlemann: „Dann muss ein Gericht im Eilverfahren entscheiden, ob unser Projekt so schädlich ist, dass man es überhaupt nicht beginnen darf oder ob man etwa nötige Verbesserungen noch während der Bauzeit vornehmen kann. Wir sind optimistisch, dass die Planung jetzt so gut ist, dass wir loslegen können.“

Noch steht die Entscheidung aus, ob das Oberverwaltungsgericht Lüneburg die jüngste Klage des BUND annimmt oder abweist. Letzteres wäre das Einfachste für die Celler, die auf einen baldigen Bau der Straße hoffen.

Unterdessen hat die Celler CDU einen eigenen Antrag an den CDU-Landesparteitag gestellt, der am Samstag in Celle stattfindet. Vor dem Hintergrund der „Verhinderungsklagen“ eines Verbandes in Sachen Ostumgehung fordert die Celler CDU die sofortige Abschaffung des Verbandsklagerechts für Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände, sofern sie nicht die Verletzung eigener Rechte geltend machen können. „Da diese Belange bereits bei der Umweltverträglichkeitsprüfung im Planungsverfahren enthalten sind, gerät das jetzige Klagerecht eher zum Instrument der Verzögerung und Behinderung“, so CDU-Stadtverbandsvorsitzender Alexander Wille.

Oliver Knoblich

Oliver Knoblich (2)